

Breslauer Zeitung.

Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Anzeigengebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 20. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 13. Januar 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Brüssel, 11. Jan. Die „Independance“ theilt mit, daß der französische Consul in Bolivia den Commandeur der südlichen Schiffsstation ersucht habe, ihm zum Schutz der Nationalitäten ein Schiff zur Verfügung zu stellen.

Kopenhagen, 12. Jan. Dem Vernehmen nach ist hier die Nachricht eingetroffen, daß Preußen seine diplomatischen Beziehungen zu Dänemark abbrechen werde, wenn der sogenannte Reichstag für Dänemark-Schleswig neuerdings in Wirksamkeit trete.

Paris, 12. Jan. Der heutige „Moniteur“ enthält ein kaiserliches Decret, durch welches Marschall Maguan auf drei Jahre zum Großmeister des Freimaurerordens ernannt wird; dasselbe setzt ferner fest, daß fortan keine Wahl des Großmeisters mehr stattfinden solle.

Wien, 12. Jan. Nach einem hier eingetroffenen Telegramme aus Verona vom 11. fand Abends vorher am Bahnhofe in Verona bei der Durchreise des Kaisers von Mantua nach Venedig eine großartige Militärdemonstration statt. 20,000 dienstfreie Soldaten waren aus Stadt und Umgebung freiwillig herbeigeeilt, um den Kaiser jubelnd zu begrüßen.

London, 11. Jan. Die heutige „Times“ fordert dringlich auf, keinerlei Demonstration bei der Ankunft Majors und Slidell's, die persönlich kein Gewicht für England hätten, zu machen.

St. Petersburg, 11. Jan. Das „Jour. de St. Petersburg“ wünscht Seward Glück zu seiner Gradarbeit und politischen Intelligenz, und verlangt, daß der Zwischenfall ein Ausgangspunkt von Unterhandlungen zur Anerkennung der gemeinsamen internationalen Grundsätze in Betreff der neutralen Flagge werde. Dasselbe erwähnt England, der Weltfriedliche Garantien zu geben, indem es eine Convention unterzeichnet, welche zur Aufrechterhaltung des Friedens dient, und einen Fortschritt in der Civilisation bezeichnet, indem sie den Neutralen die allgemeine Achtung sichert.

Triest, 10. Jan. Die fällige Ueberlandspost ist auf dem Lloyd-Dampfer „Vulcan“ heute hier eingetroffen. Derselbe bringt Nachrichten aus Calcutta vom 9. Dez., Singapur, 7. Dez., Batavia, 30. Nov. Aus Banjer-massing wird gemeldet: Der Rebellenführer Antasari habe sich in das Innere des Landes zurückgezogen. Auf den Nordküsten von Neu-Guinea haben die Holländer große Verheerungen angerichtet. Aus Hongkong vom 9. Nov. wird berichtet: Die Regentenschaft führen die beiden Kaiserinnen, Wittwen des verstorbenen Kaisers. Prinz Kung ist Premierminister, Kweiliang, Hwanliang u. a. sind Rabinetsmitglieder. Yokuhama, 5. Nov. Die japanesischen Gesandten werden sich Anfangs Januar nach Sues einschiffen.

Turin, 10. Jan. Das Blatt „Italia“ demotirt das Gerücht, nach welchem der Minister der öffentlichen Arbeiten in der Deputirtenkammer ein Gesetz vorlegen wollte, welches ihn behufs der Ausführung der Eisenbahnen zu einer Anleihe von 130 Millionen ermächtigt. Es ist in dieser Beziehung noch gar nichts festgestellt. Dagegen hat Herr Baffagni angezeigt, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten nächstens ein Gesetz vorlegen werde, um den für die Eisenbahnen nötigen Bedürfnissen vorzusehen, die Summe würde sich auf etwa 60 Millionen belaufen. In der Deputirtenkammer ist eine die Fortführung der Befestigungswerke von Messina betreffende Interpellation gestellt worden; man ging indessen nach längerer Debatte zur Tagesordnung über.

Im Senate erklärte der Justizminister auf eine Interpellation des Herrn Moncali, betreffend die Protestation mehrerer Bischöfe gegen ein Circular des Ersteren, daß die Regierung den selben Willen habe, den Clerus in Schranken zu halten und ihn zwingen werde, die Geseze zu beobachten. Herr Pareto hat angezeigt, daß er eine Interpellation über die Lage Italiens stellen werde. Das Amtblatt giebt einige Auskunft über die Vorgänge bei Castellamare bei Palermo. Unter dem Aufse: „Nieder mit der Aushebung“, haben sich die Urheber groben Excessen überlassen. Sie haben einen Hauptmann getödtet und dessen Haus geplündert. Ebenso das Haus eines als liberal geltenden Negocianten. Einige in aller Eile aus Palermo abgeschickte Soldaten haben in kurzer Zeit die Ruhe wiederhergestellt. 5 von den Plünderern wurden erschossen. (Znd.)

Preußen.

Berlin, 11. Jan. [Amtliche.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, den nachbenannten Personen Orden zu verleihen: Den rothen Adlerorden erster Klasse: dem großherzoglich sächsischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Grafen v. Beust, dem großherzoglich medlenburgischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister v. Hopfgarten, dem königlich dänischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Kammerherrn Quaade und dem königl. griechischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Simon Sina; den rothen Adlerorden dritter Klasse: dem kaiserlich französischen Legations-Sekretär Grafen v. Larocque-Lambert in Eßboun; den königl. Kronorden erster Klasse: dem königlich portugiesischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister de Vasconcellos e Souza, dem königlich sicilianischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Fürsten v. Carini und dem kaiserlich preussischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister von Baumbach; den königl. Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern: dem Minister-Residenten der freien und Hanse-Städte Dr. Gesslen; den königl. Kronorden zweiter Klasse: dem kaiserlich österr. Kammerer und Legations-Sekretär Grafen v. Hofel, dem kaiserl. französl. Legations-Sekretär Baron v. Belcastel und dem königl. spanischen Legations-Sekretär Marquis v. Arcicollar; den königl. Kronorden dritter Klasse: dem königl. bair. Legations-Sekretär Baron v. Vibra, den kaiserl. französl. Legations-Sekretären v. Dulcat und Graf v. Larocque-Lambert, dem königl. griechischen Legations-Sekretär Nicolas Liboritis, dem königlich portugiesischen Legations-Sekretär v. Ornellas, und dem königl. dänischen Legations-Sekretär v. Guldencrone; den königl. Kronorden vierter Klasse: den kaiserlich französischen Gesandtschafts-Attachés Graf v. Couronne, v. Ring und Graf v. Chateaubriand und dem königl. dänischen Lieutenant Grafen v. Moltke.

Die Berg-Referendarien: Julius v. Sparre zu Oberhausen, Bernhard v. Tschape zu Breslau, Louis Harz zu Dortmund, Carl Friedrich Silert zu Bonn, Otto Erdmann zu Witten a. d. Ruhr und Oswald Degenhardt zu Breslau sind zu Berg-Referendarien ernannt worden.

Dem Civil-Ingenieur Theodor Wulff zu Breslau ist unter dem 8. Januar 1862 ein Patent auf einen Wassermesser, so weit derselbe nach vorgelegter Zeichnung und Beschreibung als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Der Vektor und Predigants-Kandidat Skrodzki ist zum ersten Lehrer an dem evangelischen Schullehrer-Seminar in Angermünde ernannt worden.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem commandirenden General des VIII. Armeekorps, General der Infanterie von Bonin, die Erlaubniß zur Anlegung der von des Königs der Niederlande Majestät ihm verliehenen Großkreuze des Civil-Verdienst-Ordens vom niederländischen Löwen und des großherzoglich luxemburgischen Ordens der Eichenkrone zu ertheilen.

[Militär-Wochenblatt.] Bar. v. Langemann, Port.-Führer, vom Kaiser Alexander Garde-Regt. Nr. 1, zum 3. Pos. Inf.-Regt. Nr. 58 verlehrt, Bergmann, Major vom Generalstabe der 5. Divis., zum großen Generalstabe verlehrt, v. Walther und Croned, Gen.-Major und Commandeur der 2. Garde-Inf.-Brigade, in Genehmigung seines Abschiedsgeluchs, als Gen.-Lieut., v. Klaf, Gen.-Major und Commr. der 30. Inf.-Brig., in Genehmigung seines Abschiedsgeluchs, mit Pension zur Dispol. gestellt, Krienes, Geh. Kriegsrath und Chef der Abtheilung für das Servis- und Lazarethwesen im Kriegsministerium, zum Wirkl. Geh. Kriegsrath und Rath

zweiter Klasse ernannt. v. Reichenbach, Militär-Intendant des 2. Armeekorps, zur Disposition gestellt. Niede, Geh. Kriegsrath vom Kriegsministerium, zum Militär-Intendanten des 2. Armeekorps ernannt. Brandt, Sek.-Lt. vom See-Bat., zum Br.-Lt., Berendt, Lt. zur See 2. Kl., zum Lt. zur See 1. Kl., Scherlein, Maj. à la suite des See-Bats. und Decern. für die Art. Angelegenheiten im Marineministerium, zum Ob.-Lt., Ewald, von Kamin, Br.-Lt. vom See-Bat., zu Hauptl. mit Vorbehalt der spätern Patentirung, Mebes, Krause, Sek.-Lt. vom See-Bat., zu Br.-Lt., Sad, Alamann, Port.-Führer, vom See-Bat., zu Sek.-Lt., v. Diezelsch, Unteroff. vom See-Bat., zum Port.-Führer, befördert. v. Bothwell, Corvetten-Capitän und braustr. mit der Führung der Geschäfte des Stabes der Marine, zum Chef des Stabes des Obercommandos der Marine ernannt. Gr. v. Strachwitz, See-Schiffer 2. Kl., zum Auxiliar-Off. ernannt und zur englischen Flotte beurlaubt. Frhr. v. Reibnitz, Bar. v. d. Goltz, Fähnrs. zur See, zu Lt. zur See 2. Kl., vorläufig ohne Patent, befördert. Reichtmeyer, Sec.-Lieut. vom See-Bat., ausgeschrieben und zu den beurl. Off. 1. Aufg. der Seewehr des See-Bats. übergetreten. v. Boddmann, Port.-Führer, vom See-Bat., zur Reserve entlassen. v. Schramm, Hauptm. à la suite des See-Bats. und Adjut. des Marine-Ministers, behufs seines Rüktritts zur Landarmee, aus dem Dienste der Marine ausgeschrieben.

Berlin, 11. Januar. [Der Gesundheitszustand des Königs.] Die kurheffische Frage.] Wir können auf Grund genauer Erkundigungen über das Befinden des Königs die bestimmte Versicherung geben, daß sämtliche Gerüchte, welche von bedenklichen Krankheitsercheinungen wissen wollen, rein erfunden sind. Der Monarch erfreut sich, wie ihm nahe stehende Personen unbedingt geäußert haben, des besten Wohls, so daß er im Stande ist, nicht nur täglich Audienzen zu erteilen, und die laufenden Geschäfte zu erledigen, sondern auch wie gewöhnlich auszufahren und an allem, was sich zugetragen, das lebhafteste Interesse zu zeigen. — Der Staatsminister von Auerwald ist in der Nacht vom 9. zum 10. erkrankt, und muß auch heute noch das Bett hüten. Er soll sich jedoch jetzt schon in der Besserung befinden, woraus geschlossen werden darf, daß sein Unwohlsein nicht mehr allzu lange andauern wird. — Als im vorigen Jahre die kurheffische Frage in unserm Abgeordnetenhaus zur Debatte kam, gab der Minister von Schleinitz die Versicherung ab, sämtliche formell legalen Mittel der Einwirkung auf die heffische Regierung seien noch nicht erschöpft; indessen erfährt niemand, was Preußen thun wolle, um den Kurfürsten von dem Wege des Verberbens abzubringen, und das heffische Volk gegen den eignen Landesfürsten zu schützen. Wir müssen annehmen, die Bemühungen des Herrn von Seydow in Kassel sind seitdem rein vergeblich gewesen, da sich der Kurfürst nicht geschert hat, wider allen guten Rath abermals das Hessenland um seine rechtmäßige Vertretung zu bringen. Graf Bernstorff tritt, wie wir hoffen, entschiedener auf, und nimmt er die kurheffische Sache eben so „ernstlich in Angriff“, wie er in Sachen des Handelsvertrages die Zollvereins-Regierungen gewonnen haben soll — wird dann wirklich der Kurfürst von Hessen die Verantwortlichkeit für den dauernden Bruch mit seinem Volke in der alten unbegrifflichen Gelassenheit auf sich nehmen? Herr v. Schleinitz wies jeden Gedanken, als ob Preußen jemals die heffische Verfassung von 1831 auf den Spigen der preussischen Wapenette nach Kassel tragen könne, weit von sich, und wahrscheinlich hat nichts so sehr wie diese preussische Erklärung den Widerstand des Kurfürsten gegen die „wohlgemeinten Rathschläge“, von denen die vorjährige Thronrede unseres Königs sprach, befestigt. Ähnliche Versicherungen auch jetzt noch angesichts der neuesten Calamität in Kassel zu wiederholen, hieße die Sache ganz verzerren; die preussische Politik steht demnach nothgedrungen am Wendepunkte. Entweder wir treten für das Recht der Hessen energisch ein oder wir treiben sie in immer größerer Glend. Für ersteres haben wir uns verpflichtet. (Magd. Z.)

**** Berlin, 12. Jan.** [Sobbe-Puzki. — Die Abgeordneten.] In Folge der bekannten magdeburger Affaire sind durch kriegsgerichtliches Erkenntniß Premier-Lieutenant v. Sobbe und Sec.-Lieutenant Puzki des sächsischen Füsilier-Regiments Nr. 38 (früher in Mainz, jetzt in Glogau und Fraustadt garnisonirend) und zwar Ersterer zu fünfjährigem, Letzterer zu zweijährigem Festungs-Arrest verurtheilt worden. — In einer heute Abend gehaltenen Vorbesprechung verschiedener Mitglieder der constitutionellen Partei stellte sich als wahrscheinlich heraus, daß von den kleinen Spaltungen der vorigen Session gänzlich abgesehen und die Partei als Ganzes reorganisiert werden wird. Alle Anwesende kamen darin überein, daß es dringend nöthig sei, die Regierung in den Gesezvorlagen, welche zum Ausbau der Verfassung gehören, kräftig zu unterstützen, auf die schwierige Lage derselben die gebührende Rücksicht zu nehmen, daneben aber die wirkliche Vollziehung der Geseze aufmerksam zu überwachen und an dem leitenden Grundgedanken der deutschen Politik entschieden festzuhalten. Man gab sich der Hoffnung hin, auch mit der Fortschrittspartei in vielen wichtigen Fragen auf dem Boden der bestehenden Verfassung sich zu einigen. Die Vorberatungen werden weiter fortgesetzt. — Folgendes wird der „Kreuzzeitung“ zur Veröffentlichung übersandt: Die unterzeichneten Mitglieder des Hauses der Abgeordneten erlauben sich, denjenigen ihrer Herren Kollegen, welche der conservativen Partei angehören, vorzuschlagen, sich am Montag, den 13. d. M., Abends 7 Uhr, in einem Abtheilungszimmer des Abgeordnetenhauses zur Vorbesprechung über Haltung und Vereinigung einzufinden. In welchem Abtheilungszimmer die Besprechung stattfindet, sagt der Portier des Hauses. v. Gottberg. v. Bonin (Stolz). v. Denzin.

Frankfurt a. d. O. [Optirung.] Präsident Simson hat für Weplar optirt, so daß für Muskau eine zweite Nachwahl nöthig wird.

Kassel, 10. Jan. [Nachwahl.] Gestern fand hier die Nachwahl statt, da Herr Kerst das Mandat für Bromberg-Wirb nicht angenommen hatte. Viele deutsche Wahlmänner (84) waren, der „Bromberger Ztg.“ zufolge, ausgeblieben, die Polen dagegen hatten sich wieder vollständig eingefunden. Die Zahl der Wahlmänner betrug 375. Die Polen hatten den Herrn Joseph v. Sitoroki auf Zirjorka (Kreis Wirb) als Kandidaten aufgestellt, die Deutschen hatten mehrere Kandidaten, nämlich Regierungs-Präsident Freiherrn von Schleinitz aus Bromberg, Rentier Noebel (Landwirth), zur Zeit in Bromberg, Stadt-Syndikus H. Dunder in Berlin und Dr. Friedmann aus Kassel. Im ersten Wahlgange erhielt Herr von Sitoroki 105 Stimmen, Herr von Schleinitz 107, Herr Noebel 103, Herr H.

Dunder 43, Herr Friedmann 17. Im zweiten Wahlgange fielen die Dunder'schen Stimmen bis auf 11 dem Herrn v. Schleinitz zu, die Friedmann'schen Stimmen zersplitterten sich. Herr v. Sitoroki erhielt 103 Stimmen, Herr von Schleinitz 150, Herr Noebel 103, Hr. Dunder 11. Dritter Wahlgang. Herr v. Sitoroki 102, Herr v. Schleinitz 162 (es waren Dunder'sche Stimmen auf ihn übergegangen), Herr Noebel 94, Herr Dunder 2. Vierter Wahlgang. (Viele Wahlmänner entfernten sich). Herr v. Sitoroki 102, Herr v. Schleinitz 148, Herr Noebel 95. Endlich im fünften Wahlgange wurde Herr v. Schleinitz mit 225 Stimmen gegen 104, die Herrn v. Sitoroki zuzielen, zum Abgeordneten gewählt.

Oesterreich.

Wien, 11. Jan. [Graf Rechberg und die Bundesreform.] Wir kennen bereits die Note, mit welcher der preussische Minister von Bernstorff unter dem 20. Dezb. v. J. den in Berlin vertraulich mitgetheilten Bundesreformplan des sächsischen Ministers Herrn v. Beust beantwortet hat. Graf Bernstorff verwirft den dresdener Plan und stellt seinerseits das bekannte Programm Preußens in der deutschen Frage auf, indem er das bestehende Bundesverhältniß als weiteres anerkennt und, an Artikel 11*) der Bundesacte anknüpfend, die Bildung eines engeren Bundesstaates unter preussischer Führung vorschlägt. Der preussische Minister nimmt die Bundesacte, wie sie ist, und sucht daraus eben preussische Münze zu schlagen.

Gleichwie das Beust'sche Project in Berlin, wurde es auch in Wien vertraulich mitgetheilt, und wenn vor Kurzem behauptet wurde, daß wiener Cabinet habe sich in neuerer Zeit in Bezug auf die deutsche Frage in keiner Weise geäußert und beobachte eine völlig reservirte Haltung, so kann dem in der bestimmtesten Weise widersprochen werden. So gut wie Preußen, hat die vertrauliche sächsische Mittheilung, und wir schlagen dieses Verdienst des Herrn von Beust nicht gering an, Oesterreich Gelegenheit geboten, anknüpfend an den dresdener Entwurf, sich über die deutsche Frage, d. i. über die Reform des bestehenden Bundesverhältnisses, auszusprechen. Der sächsische Reformplan kam beim Grafen Rechberg nicht besser weg, als beim Grafen Bernstorff; er wurde in Wien eben so entschieden wie in Berlin abgelehnt, und es ist ferner begreiflich, daß das wiener Cabinet in den Auseinandersetzungen seiner Ansichten über Bundesreform nicht minder entschieden als Graf Bernstorff das preussische, das österreichische Interesse zu wahren sucht, welches vor Allem darin besteht, Oesterreich in einem möglichst engen Zusammenhange mit Deutschland zu erhalten. Aus der hier folgenden Analyse des Erlasses, mit welchem das wiener Cabinet die Mittheilung des Herrn v. Beust beantwortete, erhält das deutsche Publikum zum erstenmale genauere Kunde von dem Standpunkte der österreichischen Regierung in der Frage der Bundesreform.

Die österreichische Antwort auf die Mittheilung der vom dresdener Cabinet gemachten Reformvorschlüge ist, wie wir zu wissen glauben, in Form einer vom 5. November v. J. datirten Depesche an den österreichischen Gesandten in Dresden, Freiherrn v. Berner, gehalten, welcher zugleich die Beifügung erhält, Abschrift dieser Depesche sammt Beilage in den Händen des königlich sächsischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zurückzulassen. Die Depesche beginnt mit der Mittheilung, daß Graf Rechberg die sächsischen Reformvorschlüge nach Einlaufen derselben unverweilt Sr. Majestät dem Kaiser unterlegt hat, und daß er nunmehr in der Lage sei, in Vollziehung der allerhöchsten Befehle des sächsischen Cabinet die Ergebnisse der reiflichen Erwägung zur Kenntniß zu bringen, deren Gegenstand der dresdener Reform-Entwurf in Wien gewesen ist. Vor allem, bemerkt die österreichische Depesche, habe man in Wien nicht geglaubt, bei der gegenwärtigen Sachlage eine umfassende, in alle Details des sächsischen Entwurfs eindringende Untersuchung vornehmen zu müssen. Es könne sich nur um die Aufstellung einiger allgemeiner Gesichtspunkte handeln, welche den Vorschlägen Sächsens gegenüber für den Standpunkt des österreichischen Cabinet besonders wichtig sind. Diese allgemeinen Gesichtspunkte seien nun allerdings derart, daß sie den sächsischen Reformplan, dessen Wichtigkeit und Tragweite durchaus nicht verkannt werden soll, nicht nur in seiner Grundidee, sondern auch in seinen Einzelheiten berühren. Im Princip sei das österreichische Cabinet damit einverstanden: daß eine Reform der deutschen Bundesverfassung im volksthümlichen Sinne zu Stande gebracht werde; auch solle die Initiative hiezu von den Mittheilungstaaten ausgehen; aber dies könne das österreichische Cabinet nicht abhalten, mit den Bedenken hervortreten, die das sächsische Project bei ihm wachgerufen hat.

Das Beust'sche Reformproject basirt bekanntlich auf dem Grundgedanken, an Stelle des laut Bundesacte Oesterreich allein übertragenen Vorzuges im deutschen Bunde ein Alternat des Vorzuges zwischen Oesterreich und Preußen treten zu lassen. Darauf nun antwortet die österreichische Depesche, daß das wiener Cabinet für den Fall seiner Einwilligung in das Alternat mit Preußen die Voraussetzung festhalte, daß der deutsche Bund dann in seiner Eigenschaft als Gesamtmacht sein Vertheilungssystem auf die außerdeutschen Besitzungen Oesterreichs und Preußens ausdehnen müsse. Frage man nun in Dresden, ob im gegenwärtigen Augenblicke ein Versuch, diese Voraussetzung zu verwirklichen, Aussicht auf Erfolg habe, so könne das wiener Cabinet eine solche Frage nicht bejahen. Oesterreich sehe kein Anzeichen, welches einen Dritten zu neuer Anregung des Gedanken einer Gesamtgarantie des Bestandes der deutschen Mächte ermuntern könne. Sei aber der Zeitpunkt hiefür in Deutschland noch nicht gekommen, so halte das wiener Cabinet auch den Augenblick nicht für geeignet, zu Gunsten des Dualismus der Stellung Oesterreichs als erste Macht in Deutschland zu entsagen. Das Alternat aber bilde die Bedingung der Verwirklichung des dresdener Entwurfs, und da Oesterreich die Motive nicht überzeugend finde, die Herr v. Beust zu Gunsten des österreichischen Vorzuges auf den alleinigen Besitz im Bunde geltend macht, so werde biederum dem sächsischen Projekte jede Aussicht auf praktischen Erfolg entzogen. Die österreichische Note hebt ausdrücklich hervor, daß Oesterreich die Eventualität des Alternats zulassen könne, nicht als Vorbedingung und Inhaft der Bundesreform, sondern nur als äußerstes, seinerseits dem Zwecke einer heilsamen und den obersten politischen Anforderungen entsprechenden Bundesreform zu bringendes Opfer.

Die österreichische Note giebt indessen zu, daß die Hauptgedanken des Beust'schen Entwurfs: eine größere Concentration der Bundesstaa-

*) Dieser Artikel lautet: „Die Bundesglieder behalten zwar das Recht der Bündnisse aller Art, verpflichten sich jedoch, in keine Verbindungen einzugehen, welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet wären.“

Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.